



Einen Schritt vorwärts und zwei zur Seite: Uganda auf dem Weg in den politischen Pluralismus

Die Welt diskutiert Amerikas neues Hegemoniestreben und die Auswirkungen der Globalisierung. In Deutschland macht man sich Gedanken um eine umfassende Reform des Sozialstaats. Und in Uganda – als gäbe es keinen Kongo-Konflikt und keine Krise mit dem Nachbarland Ruanda - kreist die politische Diskussion ausschließlich um etwas, dass es eigentlich gar nicht gibt: Das Movement-System.

Dieses `politische System´ entspringt der Ordnung, die Yoweri Kaguta Museveni nach gewonnenem Guerillakrieg im Jahre 1986 im Lande eingeführt hat. Alle erwachsenen Ugander gehören danach per Gesetz zum Movement. Sämtliche unterschiedlichen Meinungen und Interessen sollen dort ihren Platz finden und kommen (theoretisch) über ein von der Dorfebene bis zum nationalen Parlament reichendes Rätensystem zum Ausgleich. Die Räte werden in direkter (aber keinesfalls immer geheimer) Wahl bestimmt, wobei die Kandidaten auf der Basis ihrer `individual merit´, ihrer individuellen Qualitäten, antreten sollen. Parteiprogramme und Listen gibt es nicht. Parteien sind zwar zugelassen, aber laut Verfassung in ihrer Tätigkeit und Funktion derart eingeschränkt, dass sie keine nennenswerte Rolle in der politischen Willensbildung spielen. Dabei tritt das Movement, welches von seinen Protagonisten gern als `No party System´ bezeichnet wird, vielfach eindeutig als politische Organisation in Erscheinung. Zum Beispiel identifiziert das Movement-Sekretariat vor Wahlen genehme Kandidaten und unterstützt deren Wahlkämpfe organisatorisch und finanziell. Das Movement gründete auch den ersten `Caucus´, die erste Fraktion, im nationalen Parlament, ein sektiererischer Akt, der nicht mit der Movement-Philosophie in Einklang zu bringen ist.

Nicht nur die politische Praxis entfernt sich immer mehr von der offiziellen Theorie. Nach mittlerweile siebzehn Jahren Movement-Herrschaft und vor dem Hintergrund einer jungen und sich sozio-ökonomisch ausdifferenzierenden Bevölkerung zieht die gleichmachende offizielle Ideologie, besonders in den urbanen Zentren des Landes, nicht mehr. Das System gerät zunehmend unter Legitimationsdruck. Und die Verfassung, welche sowohl eine Garantie der Grundrechte auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit als auch eine Abgrenzung von Movement- und Mehrparteiensystem umfasst, wird immer mehr zum Hemmschuh auf dem Weg zum politischen Pluralismus.

Vor allem jedoch verhindern die Haltung und die Machtfülle von Präsident Museveni, der in seiner durch den Befreiungskrieg geprägten Sichtweise verharret, dringend notwendige Reformen. Die enge Beziehung zum Militär, Charisma beim Umgang mit wichtigen Gebern aus dem Ausland sowie die intelligente Gestaltung klientelistischer Beziehungen verleihen

dem Präsidenten Ugandas eine Stellung, die kaum jemand wirksam herauszufordern oder zu kritisieren wagt. Dabei sind sich die zahlreichen Kader des Movements auch sehr bewusst darüber, dass das gegenwärtige System, von dem sie leben und profitieren, in höchstem Maße von der Person Museveni abhängig ist. Die 'politics of eating' haben eine Schicht von Ja-Sager-Funktionären hervor gebracht, die der Bevölkerung keine direkte Rechenschaft schuldig sind und ihren Führer, den Movement-Vorsitzenden und Präsidenten, mit genehmen Informationen und vorauseilendem Gehorsam versorgen.

Zu Beginn des Jahres geschah dann das fast Unglaubliche. Museveni signalisierte seine Zustimmung zur Aufhebung der Beschränkungen der Aktivitäten politischer Parteien. Für eine kurze Zeit durchzog ein frischer Wind das Land. Die bestehenden Parteien sahen sich plötzlich unter Druck, ihre internen Führungsprobleme und das völlige Fehlen alternativer Politikvorschläge ernsthaft anzugehen. Ein positives Bild boten sie dabei nicht. Das Movement hingegen schien plötzlich von einem Druck befreit zu sein. Das bis dahin geltende Tabu, die längst fällige Wandlung in eine politische Organisation offen zu diskutieren und vorzubereiten, bestand plötzlich nicht mehr. Seit längerer Zeit wurde wieder so etwas wie eine Linie im Verhalten des Movements erkennbar.

Vor diesem Hintergrund wurden dann für Ende März die höchsten Movement-Organe einberufen, um eine offizielle Position zu debattieren und zu verabschieden. Die ugandische Politik fiel daraufhin an der Oberfläche in eine Art Lähmung und erwartete nur noch gebannt den Spruch der Oberen. So blieb auch das in diesem Zeitraum verkündete Urteil des ugandischen Verfassungsgerichts, welches die zentralen Passagen des im letzten Jahr verabschiedeten restriktiven Parteiengesetzes für ungültig erklärte, ohne breite Reaktion. Gleichzeitig, und der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit weitgehend entrückt, begannen jedoch die vielen kleinen Vorstöße und Interventionen der Zauderer und Bedenkenräger, derjenigen, welche in einer offenen politischen Ordnung um Einfluss und Position fürchten müssen. Und auch Museveni schien sich Gedanken zu machen, unter genau welchen Bedingungen er denn einer Öffnung des politischen Raumes zustimmen würde. So präsentierte er eine Reihe von Vorschlägen zur Änderung der Verfassung, die eher für Verwirrung und Kontroverse sorgten, trotzdem jedoch nahezu einmütig von den versammelten Mandatsträgern verabschiedet wurden.

Die wichtigsten Vorschläge des Präsidenten lauten:

- Die Wiedezulassung von Parteiaktivitäten soll durch Volksentscheid vollzogen werden.
- Die Beschränkung des Präsidenten auf zwei Amtsperioden soll abgeschafft werden.
- Der Präsident soll die Macht erhalten, das Parlament aufzulösen.
- Das Parlament soll die Macht verlieren, ein präsidiales Veto zu überstimmen.
- Das Parlament soll seine Zustimmung zur Ernennung von Ministern nur verweigern dürfen, wenn diese Verbrechen begangen haben.
- Das Parlament soll das Recht verlieren, Ministern das Misstrauen auszusprechen.
- Um direkt die Regierungsgewalt über einen Distrikt übernehmen zu können, soll eine Vorlage der Regierung nur noch einer einfachen (statt einer zweidrittel) Mehrheit des Parlaments bedürfen.

Seit Bekanntwerden dieser Pläne ist die Diskussion vor allem um den scheinbar intendierten 'Kuhhandel' zwischen einer Öffnung für Parteiaktivitäten und einer Fortsetzung der Präsidentschaft durch Museveni entbrannt. Beteuerungen der Movement-Führung, eine Abschaffung der verfassungsmäßigen Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten und eine tatsächliche Fortsetzung der Herrschaft 'Museveni' müssten voneinander getrennt werden, finden kaum Gehör. Dabei ist erstaunlich, dass sich selbst zahlreiche Movement-Anhänger dieser Kritik anschließen. Der bisherige, relativ breite Konsens basierte wohl stark auf der Voraussetzung, dass Museveni zu den nächsten Wahlen im Jahre 2006 nicht wieder antreten würde. Eine de facto Spaltung des Movements ist nicht auszuschließen.

Zudem herrscht nun wieder Verwirrung über die eigentliche Entwicklungsrichtung. Das Vorhaben, eine politische Öffnung über einen Volksentscheid herbei zu führen, wird mit Mißtrauen betrachtet. So sind zum Beispiel die Erinnerungen an zahlreiche Manipulationen durch das Movement vor der letzten Volksabstimmung im Jahre 2000 noch frisch.

Es fehlt auch eine klare Vorstellung von der angestrebten politischen Pluralität. Während Präsident Museveni offiziell die Existenz politischer Interessen außerhalb des Movements eingeräumt hat, rief er gleichzeitig zur Beibehaltung und Stärkung des Movements als `System´ auf. Zumindest auf der Ebene formaler Definition ist nun erst recht nicht mehr deutlich, was das Movement eigentlich ist. So sind die Movement-Kader auch hin und her gerissen zwischen dem Versuch, die alte Ideologie zu predigen oder lieber Vorbereitungen für eine mögliche Existenz als politische Partei zu treffen.

Trotz der Verwirrung und Kontroverse ist eine positive Bilanz möglich. Nur wenige Movement-Insider bestreiten, dass es nun keine Alternative zur Öffnung des politischen Raumes für Parteiaktivitäten und zur Umwandlung des Movements in eine Partei mehr gibt. Optimisten verstehen Musevenis Position als den Versuch, das Movement zusammen zu halten und eine zu schnelle Desintegration der bisherigen politischen Ordnung zu verhindern. Dabei ist dieser Weg nicht ohne Gefahren. Der Streit um eine weitere Amtszeit des Präsidenten ist im Begriff, nicht nur einen Graben quer durch das Movement aufzuwerfen und das Land zu destabilisieren. Die notwendige konsequente Arbeit des Movements, sich selbst als politische Partei zu etablieren, erfährt unnötige Verunsicherungen und Verzögerungen.

Nicht zuletzt gibt es auch keine Klarheit über den weiteren Reformprozess. Die Vorschläge Musevenis werden über die Movement-Organen der bestehenden Verfassungskommission vorgelegt werden. Dabei kann niemand sagen, wie viel Gewicht dieses Gremium diesen Eingaben beimessen wird. Eine Regierung `of the President, by the President and for the President´ wollen sicherlich die wenigsten Ugander. Niemand weiß, was der Präsident im Endeffekt wirklich tun wird. Seine Machtfülle macht ihn zur einzig relevanten Instanz. In jedem Fall hat er seine Anhängerschaft schon einmal beruhigt. Alles was getan werden müsse, um eine chaotische Entwicklung zu verhindern, sei die Armee angemessen zu finanzieren. Alles andere sei dann nur `politisches Schattenboxen´, heiße Luft in Mikrofone.

Fritz Kopsieker
Friedrich-Ebert-Stiftung, Kampala/Uganda

April 2003

Ansprechpartner:

Dr. Volker Vinnai Tel.: 030 – 26935 919 Email: Volker.Vinnai@fes.de
Roswitha Kiewitt Tel.: 030 – 26935 914 Email: Roswitha.Kiewitt@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin